

Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **33 (1954)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## HISTORICUS

**Der Streit um die Flüchtlingspolitik**

*Fragen, die noch zu beantworten sind*

Die «Rote Revue» hat in Heft 4/5 dieses Jahrganges (J. W. Brügel: «Blick in Nazidokumente») eine Darstellung der die Schweiz betreffenden Ereignisse der unmittelbaren Vorkriegszeit auf Grund des von den Alliierten herausgegebenen fünften Bandes deutscher diplomatischer Dokumente veröffentlicht. Ein Kapitel in dieser Abhandlung, die hauptsächlich die Reaktion des Bundesrates auf die aggressive Politik des Dritten Reiches in den Jahren 1938 und 1939 widerspiegelte, war *Hitlers Judenpolitik* und ihren Auswirkungen auf die Schweiz gewidmet. Diesem verhältnismäßig kurzen Kapitel aus einem umfangreichen und die deutsch-schweizerischen Beziehungen wiederholt streifenden Dokumentenband hatte knapp vorher auch ein anderes Blatt Aufmerksamkeit geschenkt, was zur Herausgabe einer ausführlichen Erklärung von Dr. *Rothmund*, dem Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, führte, der sehr energisch leugnete, dem damaligen deutschen Gesandten in Bern die Anregung zur Ausgabe von besonderen deutschen «Judenpässen» gegeben zu haben. Auch wenn die «Neue Zürcher Zeitung» damals fand oder zu finden vorgab, die Sache habe «nicht genügend Aktualität und Interesse, um heute, nach sechzehn Jahren, in aller Breite darauf zurückkommen zu müssen», gab sich die öffentliche Meinung erfreulicherweise mit diesem «Schwamm-darüber»-Standpunkt nicht zufrieden und verlangte gründliche Abklärung eines dunklen Kapitels. Sie hat es zweifellos begrüßt, daß die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat die Sache aufgriffen und daß Dr. *Oprecht* im Namen der letzteren eine Interpellation einbrachte, die Klarheit über das seinerzeitige Vorgehen der schweizerischen Amtsstellen verlangte und nach der Bereitschaft des Bundesrates fragte, «den eidgenössischen Räten einen Bericht über die Flüchtlingspolitik des Bundes seit 1933 zu erstatten». Die Interpellation wurde von Bundesrat *Feldmann* eingehend beantwortet, ohne daß sich der Interpellant Dr. *Oprecht* von der Beantwortung seiner Anfrage über das konkrete Vorgehen von Bundesrat und Polizeiabteilung in den Jahren 1938 und 1939